

# Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

**FU!**

Ausgabe 2/2020 · 66. Jahrgang G2977



## Krisen- Managerinnen

**CDU**

<b>Auf den Punkt gebracht</b>	2
<b>Schwerpunkt</b>	
<b>Krisen-Managerinnen</b>	
Eindrücke und Gedanken während Corona	5
Couragiert durch die Krise	7
Klare Strukturen und Entschlossenheit	9
<b>Frau im Gespräch</b>	
Schlagfertige Generalistin Ines Claus	10
<b>Frau &amp; Info</b>	11
<b>Impressum</b>	11
<b>Mehr Frauen in Parteien und Parlamenten</b>	
Effektive Regelungen	12
<b>Frau vor Ort</b>	
Masken Produktion	14
<b>Frau &amp; Buch</b>	15



*Liebe Frauen,*

Leben im Krisenmodus. Abstand halten, Hände waschen und Mund-Nasen-Schutz sind uns in Fleisch und Blut übergegangen. Wir nutzen die neue Corona-APP. Für Familien mit Kindern soll die Schule zuhause am Küchentisch bald der Vergangenheit angehören, die meisten Lieblingsreiseziele innerhalb der Europäischen Union sind wieder geöffnet und die Grenzen zu unseren Nachbarländern verschwunden. Die Zeit des Lockdowns war eine besondere Herausforderung. Mit einem gigantischen Kraftpaket soll die Konjunktur zum Laufen gebracht werden. Wir fragen uns: Was lernen wir aus der Krise? Ist die Krise eine historische Chance für Frauen oder droht ein Roll-back? Frauen haben in der Krise einmal mehr gezeigt, was sie leisten.

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU hat die Lage nicht nur analysiert, sondern fordert in seinem Positionspapier „Lessons learned – Jetzt handeln!“ klare Prioritäten. Wir treten Rückschritten entschieden entgegen, denn alte Rollenmuster dürfen sich nicht verfestigen. Wir fordern ein Umsteuern, wo sich bestehende Fehlentwicklungen verschärft haben.

Die Erfahrung des Homeoffice hat die Grenzen der Belastbarkeit von Müttern und Vätern aufgezeigt. Es ist kein selbstverständlicher Ersatz für gute Bildung und ein gutes Betreuungsangebot in Kita und Schule. Daher müssen der Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung mit Nachdruck weiter vorangetrieben werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule muss bis 2025 kommen!

Neben den Lücken der Digitalisierung im Schulbereich wurde in der Corona-Krise deutlich, dass viele der systemrelevanten Berufe typische Frauenberufe sind. Händeringend benötigt und hochgelobt, muss sich dies auch in fairer Bezahlung in sozialen Berufen niederschlagen.

Das Kurzarbeitergeld hat sich in diesen Wochen als ein zielführendes Instrument erwiesen. Es bewahrt viele Menschen vor der Arbeitslosigkeit. Allerdings trifft das nur für Arbeitnehmer zu, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Mini-Jobber haben dagegen keine Absicherung gegen diesen Verdienstaustausch. In der Krise traf das auch zahlreiche Frauen. Deshalb fordert die Frauen Union, die sozialversicherungsrechtlichen Sonderregeln für auf Dauer angelegte

Minijobs abzuschaffen. Das stärkt auch die eigenständige Altersvorsorge von Frauen. Ausnahmen sollen für Schüler, Studenten und Rentner aber weiter möglich sein.

Als weiterer Motivationskiller für Frauen zeigte sich in der Corona-Krise die Lohnsteuerklasse V! Die monatlich hohen steuerlichen Abzüge sind ein großer Nachteil für Frauen. In der Corona-Krise mussten viele Frauen schmerzhaft erfahren, dass Lohnersatzleistungen, wie etwa das Kurzarbeitergeld, sich nach der Höhe des vorangegangenen Nettoeinkommens richten.

Nicht nur aus diesem Grund sollte die Lohnsteuerklasse V endlich ersatzlos entfallen. Eine fairere Alternative für Ehepaare ist in Verbindung mit dem Faktorverfahren die Lohnsteuerklassen-Kombination IV/IV. Beim bestehenden Ehegattensplitting gewährleistet das Faktorverfahren, dass die monatlichen Steuerabzüge fair unter den Ehepartnern aufgeteilt werden und Lohnersatzleistungen auch für den geringeren verdienen Ehepartner, meist die Frau, fair sind.

Das enge Zusammenleben der Familien in der Corona-Zeit ließ die Befürchtungen wachsen, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder in dieser angespannten Situation zunimmt. Wir brauchen jetzt Fortschritte beim bedarfsgerechten Ausbau von Gewaltschutzhäusern und deren adäquate finanzielle Absicherung. Wir dürfen die von Gewalt verfolgten Frauen und Kinder nicht allein lassen.

Nachhaltig in Erinnerung wird uns allen nach Lügde und Bergisch Gladbach der monströse Fall von Kindesmissbrauch in Münster bleiben. 30.000 IP-Adressen hinter denen Tatverdächtige stehen zeigen eine Verrohung unserer Gesellschaft, die mich erschauern lässt. Die schrecklichen Fälle haben jedoch Bewegung in die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie gebracht. Endlich bekommt die Verfolgung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder den Stellenwert, den sie verdient. Sexueller Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen. Die Verbreitung von Kinderpornografie im Internet lässt sich nur über den Zugriff auf gespeicherte Telekommunikations-Verkehrsdaten wirksam aufklären. Deshalb brauchen die Ermittler die Möglichkeit der Vorratsdatenspeicherung. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Mehr Schutz für Frauen und Kinder vor Gewalt bleibt damit ein politischer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode.

Der Lockdown führte auch zur Schließung der Prostitutionsstätten in Deutschland. Die Beschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus bieten jetzt die Chance, auch im Bereich der Prostitution den Perspektivwechsel vorzuneh-

men und die Menschenwürde der Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Im Interesse ihres Schutzes sollte Sexkauf verboten und Freier unter Strafe gestellt werden, während die Prostituierte selbst straffrei bleibt. Der Bundesvorstand der Frauen Union fordert gesetzliche Änderungen, die durch Ausstiegsprogramme und berufliche Perspektiven für ausstiegswillige Prostituierte zu flankieren sind. Die Frauen Union hat sich immer wieder für die Bekämpfung von Zwangsprostitution, für eine selbstbestimmte Sexualität und gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen eingesetzt. Es ist Zeit, jetzt auch im Bereich der Prostitution neue Wege zu gehen.

Im Juni haben wir online den Geburtstag der CDU gefeiert. Auch nach 75 Jahren stellt sich unsere Partei immer wieder den Veränderungen und macht sich zu neuen Ufern auf. Fest gegründet auf dem christlichen Menschenbild schreitet die CDU kontinuierlich voran. Mit Offenheit, Problemlösungskompetenz und Zukunftsvisionen müssen jetzt die Herausforderungen für das Land und Europa angegangen werden. Am 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben die Aufgabe, Akzente zur gemeinsamen Bewältigung der Folgen der Corona-Krise in Europa zu setzen. Die europäische Wirtschaft soll wieder wachsen und die 27 Mitgliedsstaaten müssen sich auf Maßnahmen für den Aufbau einigen. Drei Schlüsselherausforderungen stehen auf der Agenda. Der Klimaschutz, die Digitalisierung und ein Europa, welches nach außen handlungsfähig ist. Die Europäische Union muss geschlossen und einheitlich auftreten, gerade auch in den Beziehungen zu strategischen Partnern wie China, Russland, der Türkei und den USA. Die zwei Frauen an der Spitze Europas können jetzt viel für Europa erreichen.

Lassen Sie uns gemeinsam gut durch die Pandemie kommen, positiv aus dieser Krise herausgehen und die richtigen Lehren für die Zukunft ziehen. Nach dem Motto „Lessons learned – jetzt handeln!“

Hervorheben,

Jane Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



# Krisen- Managerinnen

In der Corona-Krise beweisen Frauen einmal mehr, wie stark sie sind und was sie leisten. Selten wurde soviel über die systemrelevanten Berufe geschrieben, in denen vielfach Frauen tätig sind. Wir haben einige dieser Krisenmanagerinnen gebeten, ihre Erfahrungen zum Lockdown und der Krisenbewältigung zu berichten.

Den Auftakt macht die Schulleiterin, die nicht nur für „ihre“ Schule zuständig war, sondern auch für vier eigene schulpflichtige Kinder. Eine Landrätin zeigt, wie sie ihren Landkreis sicher durch die Krise steuert. Die Probleme der Selbstständigen hat die dritte Krisenmanagerin täglich auf dem Tisch.



Foto: Sandra Gockel

Oberstudiendirektorin Sandra Gockel leitet in Dresden ein 6-zügiges Gymnasium. Sie ist Mutter von vier schulpflichtigen Kindern im Alter von 9-13 Jahren. Während der Schulschließungen war ihr Mann im Homeoffice, sie hatte Präsenzpflcht in der Schule und die Kinder erarbeiteten sich den Lernstoff über Lernsax und Videokonferenzen. Schnell wurde klar: jedes Kind braucht sein eigenes technisches Endgerät und alle gemeinsam einen Drucker zur Bewältigung der Aufgaben.

# Eindrücke und Gedanken während Corona

Das Auftreten eines pandemischen Geschehens war überraschend. Denn es schien unwahrscheinlich, zumindest kontrollierbar zu sein. Die letzten Wochen haben aber gezeigt, dass es für das Unerwartete, das Unwahrscheinliche im Zweifel keinen, Gewissheit bietenden Plan geben kann, sondern das oft individuelles Engagement, Pragmatismus und die Bereitschaft aus Friktionen zu lernen, wichtiger sind.

In den letzten Wochen hat sich die romantische Illusion, eine schulische Subsistenzwirtschaft sei möglich, selbst widerlegt. Diskussionen über homeschooling oder das permanente Hinterfragen der Angebote in der Schule sind zumindest zurzeit erledigt. Viele Eltern, mit denen ich sprechen konnte, sehen, dass Schule eben nicht das mit Personal bestückte Gebäude ist, das ihre Kinder aufnimmt, sondern Tag für Tag im arbeitsteiligen Miteinander konstituiert werden muss. Ich glaube, diese Einsicht wird uns im Regelschulbetrieb weiterhelfen. Denn diese Arbeitsteiligkeit besteht nicht nur in der unmittelbaren Vermittlung des Lehrstoffes, sondern auch in Aufsicht, Organisation des sozialen Miteinanders bis hin zur Essensversorgung. Manchem Elternteil – vor allen solchen mit akademischem Abschluss, die gern eine anspruchsvolle Schule einfordern, wurde klar, dass sie manchmal kaum mit ihren Kindern in der 8. oder gar 9. Klasse mithalten können. Wenn diese Funktionen alle in unsere Familien zurückgetragen werden, dürfte dies auf das Ganze gesehen, ein erhebliches volkswirtschaftliches Risiko darstellen. Vor allem ist deutlich geworden, dass dann in den Familien zwangsweise Rollenmuster wiederbelebt werden

würden, die überwunden schienen. Selbst wenn man das als geringeres Übel ansehen würde, wäre die Antwort auf die Frage nach Familie und Beruf ein „sowohl als auch“, sondern ein „entweder – oder“. Langfristig würde das die demografische Entwicklung nicht positiv beeinflussen. Viele Eltern haben auch erkannt, dass sie von dem, was notwendig ist, eine gute Schule zu organisieren sonst nur einen Bruchteil sehen. Vielen ist der Umfang dessen, was vorgehalten werden muss, damit zur richtigen Zeit und am richtigen Ort die Schüler gemeinsam mit dem richtigen Lehrer sich den Stoff erarbeiten können, in das Bewusstsein getreten. Das hat interessanterweise – zumindest in meiner Schule – die Wertschätzung erhöht. So groß die Leistungen vieler Kollegen auch waren, so sehr sind verdrängte Konflikte in den Schulen offenbar geworden. Plötzlich improvisieren zu müssen, aus den vertrauten Bahnen herausgeworfen zu werden und durch den digitalen Kontakt in eine neue Unmittelbarkeit zum Schüler gezwungen zu sein, hat die Kollegen verstört. Eine sarkastische Stimme aus einer anderen Schule meinte, es sei offenbar geworden, dass einige Lehrer der Eltern und Schüler gar nicht bedürften, um überlastet zu sein. Die einem Missverständnis von Humor unterliegende Spekulation, dass das Virus gar zur Sicherung einer eltern- und schülerfreien Schule durch Lehrer verbreitet wurden sei, zeigt, wie tief ein Fatalismus sitzt, den ich sonst nur aus der Endzeit der DDR kenne. Diese mangelnde Zuversicht besorgt mich. Hier sehe ich uns als Schulen in der Bringschuld. Die Einsicht, dass wir auch in der Schule in Fachschaften und Jahrgängen als Lehrer besser arbeitsteilig zusammenar-

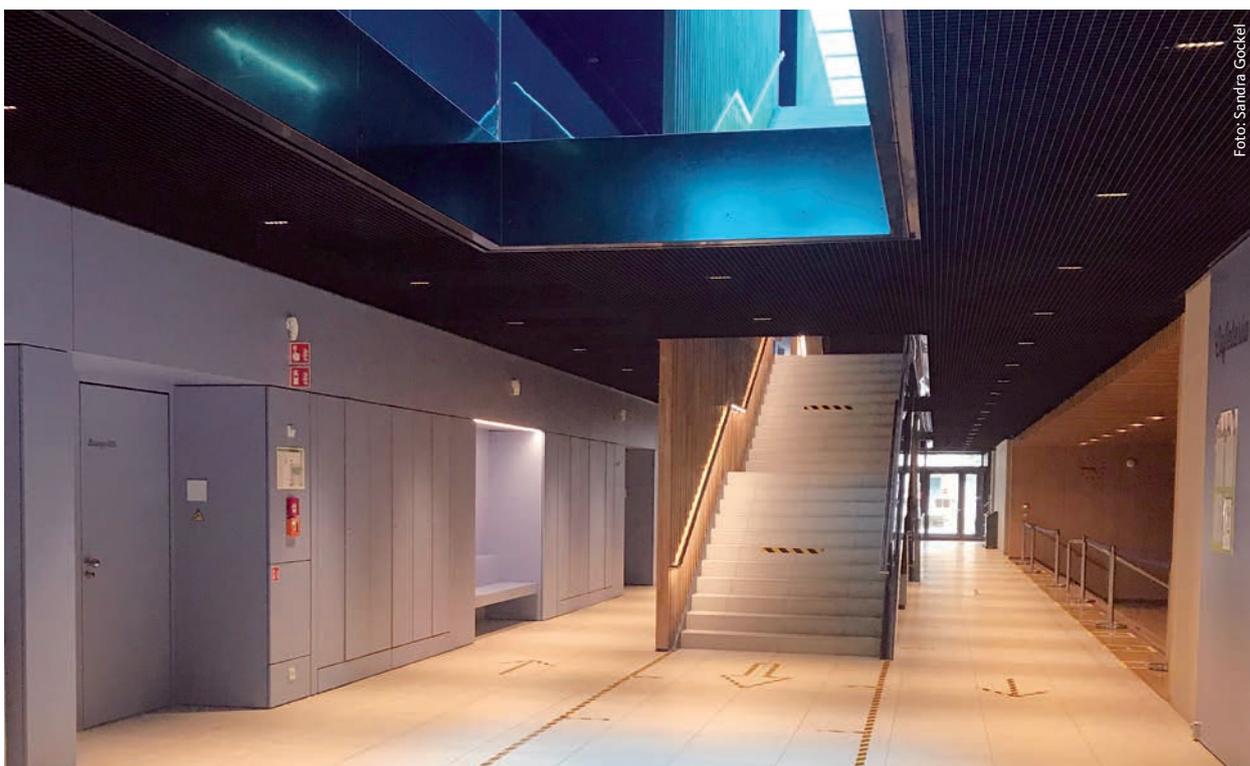


Foto: Sandra Gockel

beiten können, ist ein erheblicher Fortschritt. Der Lehrer ist eben nicht nur ein freier Künstler, der assoziativ jedem Kind das Beste und Geeignete zuwendet. Wir gewinnen, wenn wir zusammenarbeiten. Vor allem müssen wir einsehen, wie entscheidend es ist, die Vertretung von Lehrern nicht nur durch Personalüberhang oder kollegiale Solidarität zu sichern, sondern auch begleitendes oder unterstützendes Material für die Schülerinnen und Schüler – vor allem aber für die Eltern. Dabei geht es nicht darum Schule aus ihrer Verantwortung zu entlassen, sondern die Barriere zu senken, unterstützende Eigeninitiative zu entfalten. Wie sollen Eltern Rat geben, wenn Sie weder das Ziel noch die Vermittlungsmethode der jeweiligen Aufgabe kennen. Dies war bei mir als Mutter von vier schulpflichtigen Kindern eine der großen Unsicherheiten. Wie mag es erst Eltern gehen, die das System Schule nicht kennen, die aber gleichwohl alle Energie zugunsten ihrer Kinder einsetzen, gleichwohl aus Scham oder Angst die Forderungen von Lehrern nicht hinterfragen. Wenn über Bildungsgerechtigkeit gesprochen wird, tut sich bei dieser Frage ein großes Handlungsfeld auf. Das kann man aber nicht allein den Lehrern zu Last legen. Die Herausforderungen der letzten Wochen haben aber gezeigt, dass wir keine Erwartungen an die unzähligen Didaktik-Lehrstühle im Universitätsbetrieb haben oder unsere Hoffnungen auf die schulverwaltungszentrierten Projekte setzen sollten, wenn wir über Schulentwicklung reden. Die zurückliegende Zeit hat zudem die Frage nach einer Veränderung der Lehrerausbildung, nach den tatsächlichen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer im Schulbetrieb wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ich konnte in meiner Schule sehen, dass die Grenzen nicht im Alter liegen, sondern in der persönlichen Einstellung. Wer mit seiner Berufswahl hadert, wird die Möglichkeit zur Gestaltung

nicht als Chance sehen, sondern als Last. Entscheidend ist, dass wir stärker den Lehrerberuf auch für jene attraktiv machen, die über andere Wege als über die Universität und den Vorbereitungsdienst kommen. Ich erinnere mich mit Dankbarkeit als Trainer oder ehemalige Sportler, für die es normal war, Verantwortung zu übernehmen in Schule wirken durften. Am Ende entscheiden nicht Zehntelpunkte im Examen, sondern das Menschenbild des Lehrenden. Ich habe die Hoffnung, dass wir unsere Bemühungen um Veränderung mit der Rückkehr zur Normalität nicht aufgeben, sondern – im Gegenteil – unsere Erfahrungen nutzen, einen Sprung in der digitalen Verfügbarkeit von Lehr- und Lerninhalten machen. Es ist unbedingt notwendig, dass die Länder mehr Materialien in ihren eigenen Strukturen entwickeln und diese Aufgaben nicht nur an Verlage oder in die universitären Elfenbeintürme geben. Die Kosten für den Erwerb von Schulbüchern, die an meiner Schule Jahr für Jahr aufgewendet werden müssen, entsprechen einer Vollausrüstung aller Schüler mit Tablets innerhalb von fünf Jahren. So schwer die Zeit der letzten Wochen war und das Zurückgewinnen des Gewohnten Kraft kostet, so sehr bleibt die Erfahrung, dass man auch mit ganz wenig, sehr viel erreichen kann, manchmal sogar der gute Wille und Entscheidungsbereitschaft genügt. Diesen Impuls sollten wir dringend nutzen, die Widerstände werden groß und das Bedenkenträgertum gut organisiert sein. Die vermeintlich goldene Vergangenheit hatte gegenüber der unsicheren Zukunft – gerade in den Schulen – die größere Lobby. Den Preis dafür zahlen Eltern und Kinder. Es wäre schön, wenn sich dies in Zukunft ändert.

Sandra Gockel  
Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU Sachsen

# Couragiert durch die Krise



Fazit einer Landrätin: Wie gut eine Kommune die Krise managt, hängt davon ab, wie vorausschauend der Krisenstab organisiert und wie verantwortungsvoll die Führung auch Entscheidungen trifft.

„Wenn Sie vorher gewusst hätten, dass Corona kommt, wären Sie trotzdem Landrätin geworden?“. Diese Frage wurde mir so oder so ähnlich in den letzten Wochen immer wieder von Bürgern gestellt. Kurz, die Antwort ist „Ja!“.

Sicher gab es in den letzten Wochen Tage, die viele Menschen – auch mich – an die Grenzen der Belastbarkeit geführt haben. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass sich in einer solchen Krise auch der Charakter von Menschen zeigt. Dieser Gedanke geht auf das oft verwendete und Helmut Schmidt zugeschriebene Zitat zurück. Und das durfte ich als Kompliment in den vergangenen Wochen mehrfach hören.

## Absolutes Neuland

Als Kommunen waren wir seit Mitte März in einem Ausnahmezustand. Selbst die Verantwortlichen in unserem Katastrophenschutz kannten so eine „Lage“ bisher bestenfalls aus Übungen. In kürzester Zeit waren so viele weitreichende Entscheidungen zu treffen, wie noch nie in der Geschichte des Landkreises. Eine Landkreisverwaltung ist darauf ausgelegt, vorhersehbare und wiederkehrende Abläufe abzarbeiten. Sicher, hier und da ein aufwendiger Schulneubau oder ein neues Tourismuskonzept. Aber ein unkalkulierbares Infektionsgeschehen – so etwas steht in keiner Landkreisordnung. Das war absolutes Neuland.

Gleich vorweg: unser Landkreis ist schon seit Mitte Mai ohne aktiv Infizierte. Bisher wurden 173 Personen positiv getestet, davon sind leider vier verstorben. Unser

Gesundheitsamt ist für rund 175.000 Einwohner zuständig: für den Landkreis Südwestpfalz und die beiden kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken. Im Vergleich zu anderen Regionen sind wir bisher „gut“ durch die Pandemie gekommen. Aber auch für uns gilt: das Virusgeschehen kann zurückkommen.

## Ausgangslage mit erhöhten Risiken

Dabei ist die Ausgangslage unseres Landkreises verglichen mit anderen Regionen eher nachteilig mit der Gefahr für einen dramatischen Pandemieverlauf. Worin ist dies begründet? Der Landkreis hat in den letzten zwanzig Jahren fast 10 Prozent der Einwohner verloren. Der Altersdurchschnitt liegt in der Südwestpfalz bei 47,1 Jahren, in Rheinland-Pfalz dagegen bei 44,2 und in Deutschland bei 44,4 Jahren. Mehr ältere Leute bedeutet mehr Menschen, die einer Risikogruppe angehören. Dazu kommen weniger Hausärzte und gerade noch die notwendige Anzahl an stationären Krankenhausbetten.

Eine weitere Besonderheit unserer Region, deren Charme wir sonst vor allem für unseren Tourismus und die Lebensqualität schätzen, kam in Corona-Zeiten nun ebenfalls als mögliche Gefahr hinzu: die direkte Grenze zu Frankreich, zur Großregion Grand Est. Von dort war zu Beginn der Corona-Pandemie bekannt geworden, dass es eine besonders stark vom Virus betroffene Region ist. Genaue Zahlen waren anfangs offiziell nicht zu erhalten. Aber die Berichte von unseren persönlichen Kontakten zu Mitarbeitern in die Krankenhäuser ins elsässische



Wissembourg und das lothringische Bitsch waren erschütternd. Dort wurden Infizierte bereits beatmet und Schutzausrüstung wurde knapp, während bei uns Mitte März noch munter die Skiurlauber zurückkehrten.

### Krise managen

Wie managt man als Landkreis, als Verwaltung, als Landrätin eine solche Krise? Das geht nur gemeinsam! Im Gegensatz zu anderen Landkreisen habe ich keine erhöhte Katastrophenstufe ausgerufen und gleich alle potentiellen Kräfte mobilisiert. Als ersten Schritt habe ich sehr früh einen Krisenstab eingerichtet, der bis heute täglich unter meiner Leitung zusammenkommt und die Lage aus unterschiedlicher Perspektive bewertet. Der Leiter des Gesundheitsamtes bringt als erfahrener Arzt und Hygieniker fachlich exzellente Beratung ein, ebenso der besonnene und krisenerprobte Kreisfeuerwehrinspekteur, wie auch die Mitglieder des Katastrophenschutzes mit ihren Funktionen in Kommunikation, Beschaffungs- und Versorgungsthemen, aber auch die Schlüsselfunktionen meiner Verwaltung.

Die tägliche intensive Arbeit in diesem Krisenstab – und zwar gemeinsam als motiviertes Team – das ist für mich das Fundament, auf dem ich als Landrätin bis heute Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung treffe und Maßnahmen auf den Weg bringe.

### Immer einen Schritt weiterdenken

Bis heute ist es schwierig, immer wieder einen kühlen Kopf zu bewahren und gut organisiert den Überblick zu behalten. Dies braucht es, wenn z. B. ohne Vorankündigung, quasi über Nacht, die vielen kleinen Grenzübergänge nach Frankreich geschlossen werden; nur einer geöffnet bleibt und große Umwege für die Pendler entstehen; unsere Wirtschaft und die Krankenhäuser aber auf die französischen Arbeitnehmer angewiesen sind.

Oder wenn Landesverordnungen erst spät abends offiziell in der Verwaltung ankommen, am nächsten Tag aber schon umgesetzt werden sollen.

Wenn Desinfektionsmittel und Masken vom Land sonntags geliefert werden, am Montagmorgen zum Schulstart aber schon in den Schulen verteilt sein sollen.

In diesen Situationen war es der Beratung und Planung des Krisenstabes zu verdanken, dass wir bei den meisten Herausforderungen schon eigene Lösungen erarbeitet hatten; selbst frühzeitig genügend Schutzmasken und Desinfektionsmittel bestellt und bevorratet hatten. Damit konnten wir sogar den Arztpraxen und Pflegediensten aushelfen.

Unsere Vorsorge ging sogar so weit, dass wir Ersatzeinrichtungen vorbereitet hatten, falls Pflegebedürftige und Kinder zuhause nicht mehr hätten versorgt werden können, weil Eltern und pflegende Angehörige selbst infiziert worden wären.

Das Standard-Programm in der Krise, nämlich die Einrichtung von Testzentren und Infektambulanz gehörte selbstverständlich auch dazu. Aber auch da galt die Devise: besser zwei Tage später als andere Kommunen die Einrichtung öffnen, dafür bestens für einen reibungslosen Ablauf organisiert. So hatten wir an unserer eigenen Corona-Hotline in Spitzenzeiten zehn Mitarbeiter und Ehrenamtliche eingesetzt und damit keine Warteschleifen für Anrufer.

Mein Fazit: wie gut eine Kommune die Krise managt, hängt davon ab, wie vorausschauend der Krisenstab organisiert und wie verantwortungsvoll die Führung auch Entscheidungen trifft. Das alles geht nur mit motivierten Mitarbeitern und Ehrenamtlichen. Und ich persönlich glaube, dass besonders wir Frauen in der Krise couragiert angepackt haben.

Dr. Susanne Ganster ist Landrätin vom Landkreis Südwestpfalz



Foto: Silke Kurz

Unternehmen erfolgreich durch die Krise steuern – Flexibilität, Belastbarkeit und Empathie sind gefordert!

## Klare Strukturen und Entschlossenheit

Krisenmanagement beginnt beim Krisenmanager! Klare Strukturen, Entschlossenheit und Verlässlichkeit sind unabdingbar für Berater, um Unternehmerinnen und Unternehmer in dieser Krise erfolgreich zu unterstützen. Entscheidend ist, die eigene Arbeits- und Kommunikationsfähigkeit zu sichern. Kanzleien, die digital gut aufgestellt sind, profitieren.

Steuerberater und Rechtsanwälte sind herausgefordert: Viele Unternehmen sind in existentieller Not. Der Erhalt der Liquidität und Arbeitsplätze, die Sicherung der Lebenshaltungskosten von Unternehmerinnen und Unternehmer sind die drängendsten Probleme.

Die Beratung ist geprägt von Analysen der Ist-Situation, Prüfung kostensenkender Maßnahmen, Anzeige von Kurzarbeit, Verhandlungen mit Mitarbeitern und Gläubigern, Erstellung betriebswirtschaftlicher Planungen und Unterstützung bei Bankgesprächen. Die Schnelligkeit der Politik ist zugleich Herausforderung: neue Gesetze müssen in Windeseile geprüft, kommuniziert und umgesetzt werden. Flexibilität, Belastbarkeit und Empathie sind wesentlich in Zeiten der Krise.

Die Politik schnürt Hilfspakete: Kurzarbeitergeld und Soforthilfen sind gute Mittel, um die Liquidität zu sichern, so dass Betriebsausgaben bezahlt und insbesondere Arbeitsplätze erhalten werden können. Die vereinfachte zinslose Stundung von Steuern und Herabsetzung von Steuervorauszahlungen sowie die Erstattung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung haben zumindest kurzfristig einen positiven Effekt auf die Liquidität. Zinsgünstige Darlehen der KfW und Haftungsübernahmen des Staates sind wichti-

ge Instrumente, um auch längere Durststrecken zu überstehen. Doch jede Stundung hat ein Ende und Kreditraten müssen bezahlt werden! Betriebe, die krisenbedingt weiterhin unter massiven Umsatzeinbußen leiden, werden ohne staatliche Ausgleichszahlungen nicht überleben.

Die Verlängerung des Entschädigungsanspruches bei Kinderbetreuung bei Schließung von Kitas und Schulen, ein Kinderbonus und eine Verdoppelung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende helfen Familien in dieser Belastungssituation.

Zukunftsweisend für Familien und Wirtschaft sind Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztageschulen. Arbeitszeiten sollten flexibilisiert und moderne Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, die die Definition einer neuen Work-Life-Balance ermöglichen, einer globalen Wirtschaft gerecht werden und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sichern.

Die Konjunktur muss gestärkt werden, auch durch steuerliche Maßnahmen wie attraktive Abschreibungsmöglichkeiten (AfA), optimierte Verlustverrechnung, Senkung der Unternehmenssteuern rechtsformunabhängig und Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

Wir gestalten Zukunft! Entscheidend sind der Erhalt der Unternehmensstruktur kleiner und mittlerer Betriebe, Investitionen in Digitalisierung und Innovation und das Fördern kreativer Geschäftsideen. Nutzen wir die Chancen!

Silke Kurz ist Inhaberin einer Steuerberater- und Rechtsanwaltskanzlei und Beisitzerin im Bundesvorstand der Frauen Union



Weiblich, Juristin und reichlich Lebenserfahrung – Ines Claus ist seit wenigen Monaten Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Hessen.

# Schlagfertige Generalistin

Bei ihrem ersten großen Interview im neuen Amt als Fraktionsvorsitzende musste Ines Claus doch kurz Luft holen, um dann innerlich nur noch zu schmunzeln – die erste Frage lautete: „Wie fühlt sich das an, wenn man in eine Spitzenposition kommt, weil man eine Frau ist?“ Ohne sich etwas anmerken zu lassen, gab sie dem Journalisten eine professionelle Antwort und zählte ihm noch kurz auf, was sie so alles mitbringt und kann. Im Rückblick kann sie über dieses Erlebnis nur lachen: „Vor zwei Jahren hatte ich bei meiner Bewerbung um ein Direktmandat für den Landtag vier Männer als Gegenkandidaten, alle waren bekannter und erfahrener – trotzdem habe ich mich gegen diese starke Konkurrenz durchgesetzt. Sowas übt, und ich weiß, dass ein hohes Durchsetzungsvermögen gepaart mit großer Leidenschaft Voraussetzungen sind, um erfolgreich Politik zu machen.“

Nach nur gut einem Jahr im hessischen Landtag wurde die 42jährige Volljuristin Anfang April zur Fraktionsvorsitzenden gewählt – erstmals eine Frau in der Geschichte der Hessen-CDU. Täglich läuft sie im Flur an den Bildern ihrer männlichen Vorgänger vorbei. Das klingt ein bisschen verrückt im Jahr 2020, aber bisher zählte dort vor allem jahrzehntelange Fraktionszugehörigkeit für eine aussichtsreiche Kandidatur auf den Vorsitz. Entsprechend waren viele überrascht und auch nicht alle begeistert; bei 29 Ja-Stimmen gab es acht Gegenstimmen. Ines Claus stört das nicht. Im Gegenteil: „Für mich ist das ein Ansporn, gerade mit möglichen Kritikern ins Gespräch zu kommen und mit der täglichen politischen Arbeit noch besser zu überzeugen“, sagt sie. Man müsse zudem die Vorgeschichte zu ihrer Wahl als

Fraktionschefin kennen. Am 28. März hatte sich der hessische Finanzminister Thomas Schäfer das Leben genommen, seine Nachfolge trat kurzfristig der bisherige Fraktionschef Michael Boddenberg an. Am 1. April erhielt Ines Claus einen Anruf von Ministerpräsident Volker Bouffier, ob sie kandidieren würde und er bat um eine rasche Entscheidung. Das alles passierte, während die Corona-Pandemie auf dem Höhepunkt war.

„Mein Mann sagte sofort: ‚Du musst Dich zur Wahl stellen, dafür machst Du doch Politik‘. Sie ergriff die Chance, die zugleich eine Herausforderung ist auch in dem Wissen, dass eine Generalistin wie sie in der Krise gebraucht wird.“

Wenn man Ines Claus erlebt, dann hat man eine grundfröhliche, optimistisch nach vorne schauende und vor allem lebenserfahrene Frau vor sich. Sie trägt gerne Hosenanzüge mit Blazern in peppigen Farben und fällt durch ihre Körpergröße von 1,85 m auf. „Klar, gelegentlich hilft diese Größe in der Politik“, erzählt sie lachend, „jedenfalls muss ich mich bei Gruppenfotos nicht auf die Zehenspitzen stellen.“ Sie hat drei Kinder: fünfjährige Zwillinge und eine 11jährige Tochter, ihr Mann ist Arzt. Sie kennt und beherrscht das ganze Programm der Alltagsorganisation in Corona-Zeiten genauso wie andere Familien. „Wir wechseln uns ständig ab mit Betreuung und Unterricht daheim, es ist ein bisschen wie Jonglieren. Zu normalen Zeiten helfen meine Eltern und Schwiegereltern, das wissen mein Mann und ich sehr zu schätzen.“ Natürlich hofft sie, dass bald durch offene Kitas und Schulen wieder eine gewisse Normalität zurückkehrt.

# frau & Info

In Hessen ist die neue Fraktionschefin seit frühester Kindheit verwurzelt. Kurz nach ihrer Geburt in Bochum zog die Familie nach Bischofsheim. Der Vater arbeitete bei Opel in Rüsselsheim, die Mutter war Hausfrau. Sie wurde katholisch erzogen. Direkt nach dem Abitur trat sie 1998 in die CDU ein, es kamen zahlreiche Ehrenämter dazu und die komplette „Ochsentour“ von Ortsvorstand, Gemeinde, Kreis- und Bezirksvorsitz.

Mit diesen Erfahrungen und ihren verschiedenen Posten als Juristin im Hessischen Landtag bringt sie für die Aufgabe als Fraktionsvorsitzende mehr als genug Rüstzeug mit. „Die Fraktion wird in diesen schwierigen Zeiten ihre Kernthemen Wirtschaft und Sicherheit weiterentwickeln, um die wirtschaftliche Existenz der Mittelständler, Kleinunternehmer und Arbeitnehmer zu sichern“, betont Claus. Allein vom Frankfurter Flughafen hingen beispielsweise 83.000 Arbeitsplätze ab. Bei der Verwendung der Wiederaufbauhilfen müssen Digitalisierung im Gesundheitssystem, aber auch Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen. Sie ist begeistert und wirkt energisch, wenn sie auf die aus ihrer Sicht entscheidenden Themen zu sprechen kommt; Rückenwind gibt es für sie zusätzlich von Ministerpräsident Bouffier.

Durch die Wahl zur Fraktionsvorsitzenden der größten CDU-Landtagsfraktion ist die Verbundenheit von Ines Claus zur Frauen Union gewachsen: „Was Frauen in der Partei angeht, gibt es weiter einen sehr großen Nachholbedarf“, betont sie, „die Quote ist ein möglicher Baustein, aber es kommt auch auf die Frauen an, die bereits erfolgreich in der Lokal- und Regionalpolitik arbeiten und junge, engagierte Frauen überzeugen können, auch mitzumachen.“ Ines Claus veranstaltet Sprechstunden auf dem Spielplatz, um gezielt Frauen für die Partei anzusprechen. Dass sich hohes Engagement, Ausdauer und gewisse Nehmerqualitäten in der Politik lohnen, hat sie selbst gerade am besten unter Beweis gestellt – als erste Frau an der Spitze in Hessen.

Vera Schalck

## Rechtliche Änderungen der Parteiarbeit in Zeiten der Covid-19-Pandemie

Der Deutsche Bundestag hat in dem „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ vom 27. März 2020 einen weiteren Schritt getan, um die Folgen der Versammlungseinschränkungen im Zuge der Pandemie-Bekämpfung für Firmen und Vereine handhabbar zu machen. Teile dieses Artikelgesetzes betreffen auch Änderungen zum Vereinsrecht. Nicht alle dieser Änderungen finden aber für Parteien Anwendung:

- Virtuelle Mitgliederversammlungen sind für Mitglieder- und Delegiertenversammlungen von Parteien nicht anwendbar.
- Mitglieder- und Vertreterversammlungen als Aufstellungsversammlungen von Kandidatinnen und Kandidaten zu öffentlichen Wahlen sind auf elektronischem Wege oder im schriftlichen Umlaufverfahren nicht möglich.
- Neben dem schriftlichen Umlaufverfahren ist es auch alternativ möglich, Vorstandssitzungen virtuell durchzuführen. Eine Beteiligung der Vorstandsmitglieder kann dabei im Wege elektronischer Kommunikation (z. B. Telefon- oder Video-Schalten) durchgeführt werden. Einer entsprechenden Satzungsregelung bedarf es nicht.
- Nach Art. 2, § 5 Abs. 1 bleibt ein Vorstandsmitglied auch nach Ablauf seiner Amtszeit bis zu seiner Abberufung oder bis zur Bestellung seines Nachfolgers im Amt. Diese Regelung findet auch auf politische Parteien Anwendung. Sie gilt für Vorstandsämter, die im Jahre 2020 ablaufen. Die Fortgeltung der Vorstandsämter kann auch 2020 überschreiten. Die Anwendung von Art. 2, § 5 Abs. 1 endet jedoch mit Ablauf des 31. Dezembers 2021.

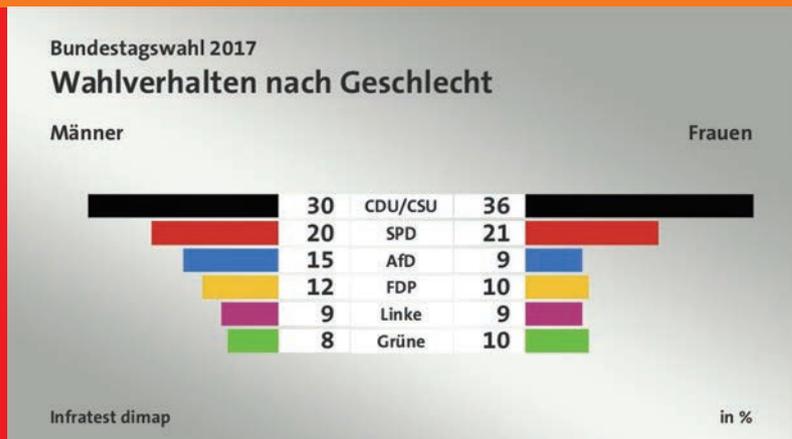


Foto: Andrey Popov/adobe.stock.com

### Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Raiffeisenbank Voreifel eG (IBAN DE933706962 70076204012, BIC GENODE1RBC) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

# Effektive Regelungen



Bundestagswahl 2017 - Wahlbeteiligung und Wahlverhalten nach Geschlecht  
(Quelle: Tagesschau Bundestagswahl 2017 „Wer wählt was?“, September 2017)

Wir brauchen mehr Frauen in der Politik – in den Parteien wie in den Parlamenten. Die aktuelle Situation rund um die Corona-Krise zeigt in aller Deutlichkeit, wie wichtig es ist, dass die Sichtweisen, Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen tatsächlich gehört und berücksichtigt werden.

Doch wo stehen wir heute? Mit der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag fielen die Anteile der Parlamentarierinnen mit 30,9 Prozent auf den Stand von vor zwanzig Jahren. In den Landesparlamenten stellt sich die Entwicklung ähnlich dar, bis auf Hessen waren bei allen Landtagswahlen der jüngsten Zeit Rückgänge zu verzeichnen. In der Kommunalpolitik liegt der Anteil bei durchschnittlich 25 Prozent. Rund 90 Prozent der Rathäuser werden von Männern regiert.

In den Parteien besteht – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – großer Handlungsbedarf: So reichen die Anteile von lediglich 17 Prozent bei der AfD, über 21 bzw. 26 Prozent bei CDU und CSU und 24 Prozent bei der FDP, zu 33 Prozent bei SPD und 36 Prozent bei der Linken, bis hin zu 41 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen. Während bei den Grünen 2019 rund 43 Prozent der Neumitglieder Frauen waren, sind es bei der CDU 30 Prozent.

## Hürden für das parteipolitische Engagement

Politische Karrieren beginnen in der Regel mit politischem Engagement in den Parteien und auf der kommunalen Ebene. Doch hier beginnen die Probleme: Das ehrenamtliche politische Engagement ist zeitaufwändig, findet sehr oft zu familienunfreundlichen Zeiten statt

Mehr Frauen in Parteien und Parlamenten – aber wie? Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF) setzt sich unabhängig und parteiübergreifend für mehr Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft ein.

und ist durch Rituale und Formen geprägt, die eher abschreckend wirken.

Nach wie vor sind Frauen mit offenen und subtilen Diskriminierungen konfrontiert: Sie werden häufiger unterbrochen und ihre Redebeiträge haben weniger Gewicht. Sie werden danach gefragt, was denn Mann und Kinder zu ihrem politischen Engagement sagen, und wenn es um die Ausschüsse geht, sind sie ungefragt auf Jugend und Familie und Frauen festgelegt.

Dies ist nicht immer und überall der Fall, doch leider noch viel zu häufig. Eine repräsentative Befragung der EAF ermittelte, dass immerhin rund die Hälfte der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen über zu männlich dominierte Strukturen klagte.

Schließlich noch die Nominierungsverfahren: Hier zeigen die Zahlen, dass Männer, wenn es keine verbindlichen Regelungen in der Partei gibt, auf den aussichtsreicheren Plätzen aufgestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Direktmandate.

## Politische Präferenzen und Wahlverhalten

Dass Frauen andere Formen des politischen Engagements attraktiver finden, ist daher wenig verwunderlich. Denn Frauen sind politisch interessiert und engagieren sich wie Männer, nur in anderen Bereichen. Es gibt durchaus ein großes Reservoir, aus dem die Parteien für die Nachwuchsgewinnung schöpfen könnten, man blicke nur die Friday for futures-Bewegung.

Auch hat sich die Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern längst angeglichen: Bei der Bundestagswahl

	Es gilt ein Quorum, nach dem ein Drittel der Parteiämter, Mandate und Listenplätze an Frauen vergeben werden soll. Kann dieses Ziel in einem ersten Wahlgang nicht erreicht werden, muss die Wahl gegebenenfalls mit neuen Vorschlägen wiederholt werden. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs ist gültig, auch wenn das Quorum nicht erreicht werden konnte. (Statut der CDU, § 15)
	Die CSU quotiert ihre Listenplätze nicht. Auf Landes- und Bezirksebene sollen 40 Prozent der Parteiämter an Frauen vergeben werden. (Satzung der CSU, § 8)
	Bei Listenaufstellungen und Ämterbesetzungen müssen mindestens 40 Prozent der Plätze an Frauen vergeben werden. Zudem werden Wahllisten für Bundestags- und Europawahlen nach dem Reißverschlussprinzip besetzt. (Satzung der SPD, § 4)
	In der AfD werden sowohl parteiinterne Quoten als auch Maßnahmen zur Frauenförderung abgelehnt. Auch die Gründung parteiinterner Frauenorganisationen schließt die Satzung explizit aus. (Bundessatzung der AfD, § 17 (2))
	Es gilt keine verpflichtende Quotenregelung. Auf ihrem Parteitag im April 2019 beschloss die FDP, zur Erhöhung des Frauenanteils zwischen Bundesverband und Landesverbänden Zielvereinbarungen abzuschließen. (Beschluss des 70. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP, 2019)
	Ämter, Mandate und Plätze auf Wahllisten sollen zu 50 Prozent an Frauen vergeben werden. Auf Listen stehen Frauen einer der ersten beiden Listenplätze sowie im Folgenden die ungeraden Plätze zu. (Bundessatzung der Partei Die Linke, § 10)
	Eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent ist für alle Ämter, Mandate und Listenplätze vorgesehen. Listenplätze werden alternierend vergeben, wobei die ungeraden Plätze, also auch die jeweilige Spitzenkandidatur, prinzipiell von Frauen besetzt werden sollen. (Frauenstatut von Bündnis 90/Die Grünen, § 1)

Übersicht zu den Satzungen und Statuten der im Bundestag vertretenen Parteien (Quelle: Lukoschat/Belschner 2019: Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, Berlin)

2017 lag diese bei 76 Prozent, bei den Wählerinnen bei 76,6 Prozent. In absoluten Zahlen gehen rund eine Million mehr Frauen als Männer zur Wahl.

Bezüglich der Parteipräferenz gilt: CDU/CSU und die Grünen werden mehrheitlich von Frauen gewählt. FPD und Linke werden dagegen von Männern präferiert, bei der SPD ist das Verhältnis ausgewogen. Eine rechtspopulistische und teilweise rechtsextreme Partei wie die AfD kann dagegen bei Frauen deutlich weniger punkten (siehe Abb. 1)

Die verschiedenen Frauengenerationen haben jedoch unterschiedliche Präferenzen: während viele junge Frauen eher Parteien links der Mitte wählen, geben ältere Frauen ihre Stimmen eher konservativen Parteien. Die ältere, konservativ eingestellte Frau aus dem kirchlichen Milieu ist für die CDU eine „feste Bank“. Doch wie lange wird dies so bleiben? Nicht nur aus Gründen der Fairness und Gleichberechtigung, sondern auch aus machtstrategischen Erwägungen heraus ist die Gewinnung von (jüngeren) Frauen als Wählerinnen und als Mitglieder eine der zentralen Herausforderungen der CDU.

Dies gilt umso mehr, als Angela Merkel nicht mehr als Kandidatin antritt. Sie vermochte bisher auch Wählerinnen aus anderen (partei politischen) Milieus für sich zu gewinnen.

### Effekte parteiinterner Regelungen

Seit die Grünen Mitte der 80er Jahre ihre 50-Prozent-Mindestquote eingeführt haben, sind mehrere Parteien in unterschiedlicher Weise gefolgt (siehe Abb. 2).

Verbindliche Regelungen haben nachweislich in mehrfacher Hinsicht positive Effekte: Verbindliche Quoten für Wahllisten erhöhen nicht nur den Anteil der Mandatsträgerinnen, sondern haben auch positive Effekte auf die Anzahl der Kandidatinnen bei den Direkt-Mandaten. Und besonders interessant: Parteien mit verbindlichen Regelungen haben durchgängig deutlich mehr weibliche Mitglieder! Daher setzt sich die EAF Berlin auch für ein

Paritätsgesetz, das für alle Parteien gelten sollte, ein. Aber auch jenseits von Vorgaben kann viel getan werden.

### Handlungsempfehlungen

Grundlegend benötigt die CDU ein ganzheitliches Konzept, mit einigen wenigen Einzelmaßnahmen ist es nicht getan. Dafür ist das Problem zu vielschichtig und hartnäckig.

Erforderlich ist die gezielte Nachwuchsgewinnung, u.a. über neue Zugänge wie social media-Kanäle oder über den Kontakt zur Zivilgesellschaft. Darüber hinaus geht es um die Parteikultur: Denkbar ist z.B. einen Code of conduct gegen diskriminierendes und sexistisches Verhalten zu entwickeln. Und selbstredend gehört eine moderne, familienfreundliche, zeitschonende Sitzungskultur dazu.

Doch die CDU benötigt darüber hinaus verbindliche Vorgaben in ihrer Satzung: Die alternierende Besetzung von Wahllisten mit Frauen und Männern ist ein bewährtes Instrument. Doch ebenso erforderlich sind verbindliche Vorgaben für die Wahlkreise, welche bekanntermaßen für die Union entscheidende Bedeutung haben. Hier wird eine vorausschauende, systematische Nachfolgeplanung und Förderung von Frauen benötigt. Diese sollte von entsprechenden Zielvereinbarungen mit den Landesverbänden untermauert werden, mit einem Monitoring durch Bundes- und Landesvorstände. Denkbar ist weiterhin die (finanzielle) Unterstützung von Kreis- und Bezirksverbänden zur Förderung der Kandidatinnen sowie die paritätische Besetzung von Vorschlags- und Auswahlgremien

Doch vor allem benötigt die CDU die feste Überzeugung, dass all diese Anstrengungen so notwendig wie lohnend sind. Es mag für einige Männer nachteilig werden, doch die Partei insgesamt kann nur gewinnen.

Dr. Helga Lukoschat ist Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin



Frauen Union der CDU Saar: Mit Nadel und Faden gegen die Corona-Pandemie

# Masken Produktion

Die Corona-Pandemie hält Deutschland seit Monaten in Atem. Aber nicht nur Deutschland ist betroffen. Vielmehr erweist sich das neuartige Virus als eine kollektive Erfahrung, die sich über den gesamten Globus zieht und die Welt vor einschneidende Herausforderungen stellt.

Die Entwicklung war progressiv: meldete das Robert-Koch-Institut (RKI) am 28. Februar ein „geringes bis mäßiges“ Risiko, wurde dieses am 17. März bereits als „hoch“ und am 26. März für Risikogruppen als „sehr hoch“ eingestuft. Die Angst innerhalb der Bevölkerung steigerte sich förmlich spürbar ebenso wie die Fallzahlen der COVID-Erkrankten.

Um den Bürgerinnen und Bürgern einen Schutz zu gewährleisten, fanden im gesamten Bundesgebiet weitreichende Maßnahmen Einzug. Am 15. April 2020 sprachen Bund und Länder eine dringende Empfehlung zum Tragen von Alltagsmasken im Einzelhandel und im öffentlichen Nahverkehr aus. Ende April wurde so dann die bundesweite Maskenpflicht verhängt. Die Versorgung mit Masken und Alltagsmasken konnte nicht sofort in einer ausreichenden Anzahl sichergestellt werden, zumal medizinische Masken begründeter Weise den Ärzten, dem Kranken- und Pflegepersonal vorbehalten bleiben sollten, die mit möglichen Infizierten in Berührung kommen und sie behandeln.

Die Frauen Union Saar hat auf die Situation unmittelbar reagiert und sich handelnd in den Dienst an der Gemeinschaft gestellt. Ab Mitte März haben wir eine breit

angelegte Kampagne gestartet, um waschbare und damit wieder verwendbare sog. Alltagsmasken oder Community-Masken zu nähen. Landesweit haben wir nach Näherinnen und Nähern gesucht und diese auch gefunden – und zwar nicht nur intern, sondern auch weit über die Grenzen der Frauen Union Saar hinaus. Aufgrund unserer umfassenden Medienarbeit haben uns eine Vielzahl an Menschen kontaktiert und ihre Unterstützung angeboten. Die Fragen lauteten: Wie viele Masken braucht ihr? Wo sollen wir sie hinschicken? – Einfach wunderbar...

## Spendenaquise & Materialbeschaffung

Um die Aktion durchführen zu können, haben wir insbesondere über Social Media zu Spenden aufgerufen: Sachspenden in Form von kochbaren Stoffen, Garnen und Gummibändern und auch Geldspenden, um die einzelnen Waren kaufen zu können. Und die Spenden kamen – und kommen weiterhin. Die Hilfsbereitschaft war enorm und die Reaktion aus der Bevölkerung wie auch bei den angesprochenen Firmen erwies sich mehr als positiv.

Als besondere Aufgabe hat sich die plötzliche Verknappung der Nähutensilien gezeigt. Ganz viele Menschen haben zeitgleich begonnen, Masken zu nähen. Garne und Gummibänder, die in Vor-Corona-Zeiten nur wenige Cent gekostet haben, wurden förmlich über Nacht mit Euro-Beträgen aufgerufen. Auch via Internet waren und sind die Waren äußerst überteuert oder erst im Herbst

# frau & buch

lieferbar. So haben wir kurzerhand über vorhandene Bestände in heimischen Nähtischen und -koffern losgelegt und zudem alle lokalen Kanäle angefragt. Plötzlich wurde der Nähbedarf um die Ecke zum systemrelevanten Lieferanten. Die ersten Masken, die produziert wurden, wurden angesichts dessen zunächst mit Bettwäsche und Tischwäsche genäht, danach auch Stoffe zugekauft. Mittlerweile sind 2.500 Masken genäht. Eine bemerkenswerte und eindrucksvolle Anzahl. Weitere Masken befinden sich in der Produktion.

## Wer wurde versorgt?

Gerade in Bereichen, in welchen Menschen für Menschen einstehen und diese unterstützen wie auch versorgen, sahen wir die Auslieferung unserer Masken als besonders angezeigt. So verbrachten wir die ersten Masken an Pflege- und Behinderteneinrichtungen und ambulante Pflegedienste. Darüber hinaus haben wir zwei Krankenhäuser unterstützt, die die Masken den Patientinnen und Patienten und den Mitarbeitenden in den Verwaltungsbereichen ausgehändigt haben. Ferner haben wir über unser Netzwerk im Landesfrauenrat Saarland die drei AWO-Frauenhäuser und die Beratungsstellen „Aldona“ und „Therapie Interkulturell“ mit Masken versorgt. Zudem kamen über unsere Medienarbeit weitere soziale Einrichtungen auf uns zu, denen wir natürlich auch Masken gegeben haben. Hinzu kamen Anfragen aus Kitas, dem Einzelhandel und von Einzelpersonen.

## Wie geht es nun weiter?

Wir haben fortlaufend wöchentliche Maskenübergaben an Einrichtungen. In der Regel übergeben wir sie gemeinsam mit den lokalen Landtagsabgeordneten und / oder Vertretungen der Frauen Union und CDU vor Ort. Zum Teil werden die Aktionen auch durch die Lokalpresse begleitet. Zusätzlich erstellen wir Posts in unseren Onlinekanälen Facebook und Instagram. Sobald es coronabedingt vertretbar ist, planen wir, alle Mitmachenden zu einem kleinen Fest einzuladen, um ihnen gebührend zu danken. Es soll ein Dankeschön-Fest sein, um die Reihen zu schließen und unsere Netzwerke entsprechend zu erweitern.

## Mein Resümee

Diese Krise hat gezeigt, dass sie auch Chancen birgt und was man alles gemeinsam schaffen kann, so z. B. auch die Gestaltung von Parteiarbeit in diesen Ausnahmezeiten. Hierzu bedarf es vor allem Kreativität, Mut und Entschlossenheit und wir sehen: Vieles ist möglich.

Anja Wagner-Scheid ist Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU Saar



## Neustaat

Während die Welt sich in tosendem Tempo verändert, stößt der Staat an seine Grenzen. Projekte dauern zu lange oder scheitern ganz. Wir sitzen in der Komplexitätsfalle: Wir sind häufig zu hierarchisch, zu bürokratisch und zu langsam. Mehr digitale Lösungen, mehr Rente, mehr KI, mehr und

bessere Bildung, mehr Start-Up-Förderung, mehr Klimaschutz, mehr Fortschritt. Unser Staat muss sich in den nächsten 10 Jahren mehr ändern als in den letzten 70 Jahren zusammen.

Im Buch NEUSTAAT machen die Autoren Nadine Schön und Thomas Heilmann, gemeinsam mit weiteren 63 Unionsabgeordneten und Experten 103 Vorschläge für eine grundlegende Reformierung des Staates und der Politik.

Der Staat braucht keine homöopathische Behandlung, sondern eine Radikalkur. Die konkreten Vorschläge gehen quer durch alle staatlichen Handlungsfelder unter einer neuen Strategie: dem Lernenden Staat. Dieser beruht auf evidenzbasierter Politik: Entscheidungen werden auf der Grundlage von Daten getroffen. Klarer gesetzte Ziele werden durch transparente Kontrollmechanismen überprüft.

Der Lernende Staat befreit sich selbst von starren Strukturen und nutzt Fehler zur agilen Anpassung seiner Projekte. In Experimentierräumen probiert er Dienstleistungen und Prozesse früh und niedrigschwellig aus und bringt so mehr Tempo auf die Straße. Neue Gesetzgebungsprozesse, ein neues Dienstrecht, neue Methoden der Zusammenarbeit und eine neue, transparentere Planungsprozesse sind grundlegende Reformen der staatlichen Verwaltung.

Viele der Vorschläge sind ambitioniert und die zahlreichen Grafiken sind eine gute Quelle für faktenbasierte Lösungen, um viele Dinge besser zu machen.

Thomas Heilmann, Nadine Schön: NEUSTAAT Politik und Staat müssen sich ändern. 64 Abgeordnete & Experten fangen bei sich selbst an - mit 103 Vorschlägen: FinanzBuch Verlag, Erschienen: Juni 2020, Hardcover, 320 Seiten, 24,99 Euro, ISBN-13: 978-3959723763. Auch als eBook erhältlich: 21,99 Euro

# FU!

## Grußkarte

Bestellnummer: **1074-FU**  
Verkaufseinheit 25 Stück: **7,47 Euro**  
zuzüglich Versandkosten



- Postalische Bestellungen: PORTICA GmbH Marketing Support  
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35 · D-47906 Kempen
- Bestellungen per Fax: 02152 91525272
- Bestellungen per E-Mail: [cdu-shop@portica.de](mailto:cdu-shop@portica.de)
- Für Online-Bestellungen: e-Shop unter [www.shop.cdu.de](http://www.shop.cdu.de)

**CDU**